

Wovon wir reden, wenn wir von Europa reden

Daša Drndić

Das »Wir« in der Überschrift zu dieser Debatte ist problematisch, weil dadurch suggeriert wird, dieses »Wir« sei homogen und kollektiv, was es nicht ist. Wenn wir in Europa bleiben, wobei auch diese eurozentrische Position Europas fragwürdig ist, werden sich die Meinungen der Menschen (»wir«), deren Länder nicht Teil der Europäischen Union sind, von jenen Menschen unterscheiden, deren Länder EU-Mitglieder sind, sowie davon auszugehen ist, dass die kollektive Meinung der Menschen, deren Länder außerhalb des Zentrums der reichen EU-Mitglieder liegen, also an der Peripherie, anders sein wird als die kollektive Meinung der Menschen, deren Länder zum Kern dieser reichen Mitgliedstaaten gehören. Obwohl es riskant, ja sogar gefährlich ist, Kollektive als Parameter zu benutzen, nähern sich widersprüchliche Meinungen über die Rolle und die »erfolgreiche« EU-Politik zunehmend einander an und gleichen sich allmählich.

Ich würde nicht von einer Entdeckung, beziehungsweise von einer Neuentdeckung, einem Neudenken (*reinvention*) der Nachbarschaft sprechen. Die nachbarschaftlichen Beziehungen sind in den letzten rund zwanzig Jahren zu keinem Augenblick verschwunden oder haben sich aufgelöst. Es wurde lediglich der Schleier des Vergessens (oder der Intoleranz) darüber ausgebreitet. Beziehungsweise, dieser Schleier wurde der halbgebildeten und leicht beeinflussbaren Mehrheit von den Herrschenden perfide aufgedrängt, um fadenscheinige nationale Interessen und den sinnentleerten, rhetorischen Patriotismus zu stützen. Deshalb möchte ich mich dem Bedürfnis nach Wiederentdeckung zuwenden, bzw. einer neuerlichen Betrachtung der Rolle und Politik der Europäischen Union, denn unter dem Deckmantel ihres Bankensystems passiert folgendes: Die Europäische Union betreibt eine verfehlte Sparpolitik (*austerity*), mit immer weniger Gefühl für Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, und mit ihrem Schweigen, genauer gesagt mit ihrem Nicht-Reagieren auf die besorgniserregende Zunahme des Faschismus beziehungsweise die Homophobie, schaufelt sich die Europäische Union ihr eigenes Grab.

Die Befürworter des EU-Beitritts Kroatiens wiederholen die gleichen Floskeln wie ein Mantra, während die Bürger zu Recht den Eindruck gewinnen, dass weder die Vorteile, noch die Nachteile des kroatischen EU-Beitritts transparent sind. Sie sind es nicht, weil in vielen Instanzen auch die Funktionsweise der EU selbst nicht transparent ist. Aber die Bürger sehen, was in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und auch in Deutschland, Frankreich und Belgien passiert, und so wächst die Skepsis zunehmend. Hinzu kommen wenig überzeugende Empfehlungen vom sprunghaften IWF, der seinen Kurs und seinen Standpunkt immer wieder verändert, einmal so, einmal so, was zusätzlich zu dem Eindruck beiträgt, dass die Union in einer Sackgasse steckt. In der Tat ist sie in die Sackgasse geraten, weil sie selbst zu keinem Risiko bereit ist. Sie ist nicht bereit zu radikalen Reformen, die den liberalen Kapitalismus an seinem Fundament verändern könnten. Denn der liberale Kapitalismus weist inzwischen offensichtliche Charakteristiken einer reinen Ausbeutung auf, und die soziale Gerechtigkeit

und das Gemeinwohl sind nicht nur bedroht, sondern wurden kompromisslos beiseitegeschoben.

Es wird immer deutlicher, dass radikale Reformen der EU durch den riesigen und kostspieligen bürokratischen Apparat gebremst werden, ebenso durch Kapitaleigentum und durch die Angst vor dem Verlust persönlicher Privilegien.

Nationale Demokratien und nationale Volkswirtschaften sind im Zerfall begriffen. In Kroatien, aber nicht nur in Kroatien, gibt es eine Diskrepanz zwischen der »proklamierten Demokratie der kroatischen Gesellschaft und der nichtdemokratischen Praxis«, aber auch zwischen der immer häufiger proklamierten Demokratie der EU selbst, die, wie es aussieht – recht kopflös und ohne Fundament – eine Strenge ausübt, die sich als ineffizient entpuppt hat und die zu einer wesentlichen Verarmung der gesamten Bevölkerung führt (mit Ausnahmen: Wir sind alle gleich, aber manche sind gleicher).

Der Autor und Verleger Nenad Popović, ein Intellektueller, für den es kein Problem wäre, seine Texte bei angesehenen Verlegern in Kroatien oder in Europa unterzubringen, ließ vor kurzem im Eigenverlag (*Samizdat*) fünfzig Exemplare seines Essays *Ein Kommentar über die Bevölkerung* drucken. Die gewählte Form des Samizdat evoziert Erinnerungen an illegale, nicht systemkonforme Publikationen aus früheren Zeiten, aber in diesem Fall handelt es sich lediglich um ein Spiel mit der Tradition. Das Thema des Essays selbst ist jedoch kein Spiel und passt gut zur Form: Popović schreibt über den Hunger. Zufälligerweise publizierte der Autor seinen Kommentar einige Tage bevor der kroatische Premier behauptete, in Kroatien sei nicht der Hunger das Problem, sondern die Unfähigkeit der Menschen, qualitativ minderwertige von qualitativ hochwertiger Nahrung zu unterscheiden. In Popovićs Essay steckt viel von der unheilverkündenden Atmosphäre des Cabaret von Bob Fosse, des unausgesprochenen aber ausgeweglosen Leids der 1930er Jahre in Europa: Gesellschaften, gezeichnet von Armut, politischer Unproduktivität, wachsendem Hass, kollektiver Misstimmung, Nervosität, Wut und latenter Gewalt. Den Tiefpunkt hatte man allerdings noch nicht erreicht. Noch nicht – das kam erst. Die kroatische Volkswirtschaft erhielt 2013 von einer Rating-Agentur den Status »trash«. »Die heimische Bevölkerung leidet unter Erschöpfung, Bedrücktheit, Apathie, verringerten mentalen Fähigkeiten, Gereiztheit und einem geschwächten sex drive«, schreibt Popović.

Ich habe viele Texte über die EU gelesen. Die meisten Autoren kritisieren die ineffiziente EU-Politik relativ milde, um nicht zu sagen anständig, wobei sie selten eine eigene Perspektive, einen Lösungsansatz oder eine Alternative anbieten. Stattdessen berufen sie sich auf prophetische Texte über die Zukunft Europas, die Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden oder sie berufen sich auf Texte, die zwischen den beiden Kriegen geschrieben wurden, z. B. Texte von Edmund Husserl, Jan Patočka, Julien Benda, Paul Valéry, T. S. Eliot, José Ortega y Gasset etc., lauter Texte, die längst gelesen worden sind. Die zeitgenössischen Autoren geben sich dadurch einen Anschein von Engagement und weisen die persönliche Verantwortung von sich, im eigenen Namen und ohne Umschweife über die Gründe zu sprechen, warum die Welt

sich heutzutage in dem Zustand befindet, in dem sie sich befindet, dieser Zustand ist, wenn nicht ganz katastrophal, so doch präkatastrophal. Außerdem handelt es sich fast ausschließlich um eurozentrische Texte, ganz so, als würde die Welt außerhalb von Europa gar nicht existieren. In solchen milden, bereinigten Texten werden wissenschaftliche Parallelen zum Untergang des Römischen Reiches gezogen (halbwegs gebildete Menschen wissen ohnehin, dass alle Imperien irgendwann zerfallen, und so wird eines Tages auch dieses Imperium des liberalen Kapitalismus an die Reihe kommen, denn schon jetzt zeigt es ernsthafte Krankheitssymptome), der Faschismus erhebt sein Haupt, so wie der Faschismus bekanntlich sein Haupt immer in Zeiten von sozialen und wirtschaftlichen Krisen erhebt. Zunächst lässt er sich schüchtern im kleinen Rahmen, in angeblich gutartigen, zu vernachlässigenden Situationen blicken, die zu Beginn von Einzelpersonen initiiert werden, dann greift er auf Gruppen und schließlich auf Parteien über.

Sechs Jahre nach dem Beginn der globalen Wirtschaftskrise (ist es wirklich eine Wirtschaftskrise?) ist es offensichtlich, dass das Zentrum seine Basis verliert – »Things fall apart; the centre cannot hold; / [...] The best lack all conviction, while the worst / Are full of passionate intensity.« (W. B. Yeats: *The Second Coming*, 1919, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges geschrieben.) Sechs Jahre nach Beginn der Krise führt die erzwungene Sparpolitik zu einer Polarisierung der Gesellschaft und zu einer politischen Zersplitterung in ganz Europa. Die Anzahl der Kündigungen wächst rapide, vor allem in der Privatwirtschaft, relativ schwach jedoch im staatlichen, administrativen und bürokratisierten Sektor. Während die Kürzungen im Gesundheitswesen, in der Bildung und im Sozialwesen immer radikaler werden, ohne dass dabei Ergebnisse erzielt würden, sondern die Lage immer schlimmer und hoffnungsloser wird, verlieren die Regierungsparteien an Unterstützung oder aber diese wird fragmentiert und auf die Rechten und die Linken aufgeteilt. Die größte Radikalisierung findet jedoch innerhalb der populistischen Rechten statt. Pro-faschistische Parteien – die gegen Migranten, den Islam, die Juden und die EU wettern – liegen heute an zweiter oder dritter Stelle innerhalb des Gürtels, der einst als liberal galt – von Norwegen und Finnland, bis zu den Niederlanden und Frankreich. In Ungarn erhält die Partei Jobbik immer mehr Zulauf. Die Demokratien haben in der Gesamtbevölkerung an Legitimität eingebüßt. In ganz Europa schießen militante Gruppierungen aus dem Boden. Diese Hinwendung zur populistischen Rechten nahm ihren Anfang noch vor der Krise, als in Folge der neoliberalen Globalisierung der Standard der Arbeiterklasse zu stagnieren begann und die äußerste Rechte zum Angriff auf die Migranten blies, um im Zuge der erfolglosen Sparpolitik immer aggressiver zu werden. Die Jobbik-Partei in Ungarn, die sich gegen Roma und Juden ausspricht, konnte bei den letzten Wahlen 20 % der Stimmen erringen, während der Front National in Frankreich und die rechtspopulistische UKIP in Großbritannien bei den Europäischen Parlamentswahlen den Sieg davontragen konnten. Nach der Wahl 2014 sitzt auch Udo Voigt im Europaparlament. Er ist Vorsitzender der NDP (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), einer Partei, die der NS-Ideologie nahe steht, und die eine rassistische Politik propagiert, die sich gegen Migranten und Juden wendet. Migrationsprozesse sind aber wichtig, weil es im Zuge derer zu einem Kulturtransfer kommt, im Unterschied zu den statischen Gemeinschaften, die ihre Kultur eifersüchtig bewahren, um

die erworbenen Privilegien aufrechtzuerhalten. Die Migration aber, also die Anwesenheit von Migranten, dämmt den Nationalismus ein, der gerade in geschlossenen Gesellschaften auf fruchtbaren Boden fällt. In Dänemark erhielt die extrem rechte Dänische Volkspartei fast 27 % der Stimmen, während die Sozialdemokraten auf 20 % kamen. Die Dänische Volkspartei konnte auf diese Weise die Anzahl ihrer Abgeordneten im Europaparlament verdoppeln. In Österreich erhielt die rechtsextreme Freiheitliche Partei mehr als ein Fünftel aller Stimmen und errang den dritten Platz. In Griechenland erhielt die rechtsextreme Goldene Morgenröte zwischen 9 und 10 % und sicherte sich damit drei Sitze im Europaparlament. Zugegebenermaßen gibt es auch »anti-austerity-Parteien«: die linke sozialdemokratische irische Sinn Féin, die bei den Wahlen auf 26 % kommt, die griechische Partei Syriza mit Alexis Tsipras an der Spitze, eine Partei, die von Journalisten und Politikern aus opportunistischen Gründen gerne als linksradikal bezeichnet wird, mit ebenfalls 26 % der Stimmen und sechs Sitzen im Europaparlament, die spanische Partei Podemos (»Wir können«) mit Pablo Iglesias an der Spitze, der nur vier Monate nach der Parteigründung ein wahres Wunder vollbrachte und fünf Sitze im Europaparlament eroberte, und die slowenische Vereinigte Linke mit Luka Mesec an der Spitze. Podemos arbeitet an der Einführung einer partizipativen Demokratie. Das ist sicherlich eine unterstützenswerte Initiative. Die meisten Gründer von Podemos sind Universitätsprofessoren und Gewerkschaftler, im Unterschied zu der politischen Elite in Kroatien, die sich nicht aus den Universitäten rekrutiert, weil die meisten Universitätsprofessoren in Kroatien de facto unsichtbar oder jedenfalls unhörbar sind, und wenn ein Universitätsprofessor sich dazu entschließt, sich politisch zu engagieren, dann tut er das eher im rechten als im linken Spektrum.

Das heißt, derzeit sind es Syriza, Podemos und die Vereinigte Linke, die die Hoffnung wecken, dass es zu einer Konsolidierung der breiten linken Front kommen könnte, mit einem klaren Antiglobalisierungs- und Antikapitalismusprogramm, im Namen einer besseren Zukunft für alle. Die drei erwähnten linksorientierten Parteien haben zwar unterschiedliche Parteiprogramme, aber eines ist ihnen gemeinsam: Alle drei reagieren sehr scharf auf die wirtschaftlichen Maßnahmen, die ihnen die famose Troika von außen aufoktroziert: Die Europäische Kommission, der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank.

Von den jüngsten »Analysen« zum Zustand der Europäischen Union waren die klarsten, eindeutigsten und schärfsten die Standpunkte von Slavoj Žižek und Franco Berardi. Žižek muss man nicht eigens vorstellen, und auch das, was er sagt, ist weitgehend bekannt. In seinem Artikel »Was will Europa?« behauptet er, dass obwohl in der EU die derzeitige Krise als eine wirtschaftliche und finanzielle interpretiert wird, es sich eigentlich um eine ideologisch-politische Krise handele. Das wird auch Beobachtern mit wenig Einblick immer klarer. Das Scheitern des Referendums über eine EU-Verfassung vor einigen Jahren zeigt klar, dass die Wähler die EU als eine technokratische Wirtschaftsgemeinschaft erleben (was sie auch ist), ohne eine Vision, die die Menschen in Bewegung versetzen könnte. Mit Ausnahme der der Anti-Migrations-Ideologie, die zu einem angeblichen Schutz Europas installiert wurde. Vor

kurzem wurde eine unheilvolle, homophobe und rassistische EU-Entscheidung getroffen, wonach Polizeikontrollen in ganz Europa durchgeführt werden sollen, um auf diese Weise die Abgeschiedenheit des Unionsterritoriums zu gewährleisten und dadurch die Ankunft – den Einbruch – der Migranten zu verhindern. Auf diese Weise wird die Idee vom freien Waren- und Personenverkehr pervertiert. Die Waren zirkulieren, während die Bewegungen von Einzelpersonen immer stärker kontrolliert werden. Žižek bezeichnet das als den neuen Rassismus der Entwickelten. Hinter sogenannten Schutzmaßnahmen wird erkennbar, dass sich das heutige Modell des spätkapitalistischen Fortschritts in der einen oder anderen Form in der Geschichte wiederholt.

Franco Berardi ist ein italienischer autonomer, also antiautoritärer, marxistischer Theoretiker und Aktivist. Auch er zitiert die berühmte *Untersuchung über die europäische Nation* von Julien Benda aus dem symbolträchtigen Jahr 1933: »Europa wird nicht das Produkt einer wirtschaftlichen Transformation sein: es wird nur dann überleben, wenn es das notwendige System moralischer und ästhetischer Werte einführt.« Berardi sieht das heutige Europa als »ein dogmatisches Projekt einer neuerlichen Aneignung und einer Erstarkung der neoliberalen Ideologie, der neoliberalen Regulation, ein Projekt, das zu einer Verarmung der europäischen Gesellschaften führt – zu einer Senkung der Einkommen, einer Anhebung des Pensionsalters und schließlich zu einer traurigen Vernichtung, Verwüstung und Zerstörung des allgemeinen Intellekts.«

Die Zerstörung der kollektiven Intelligenz, beziehungsweise die Zerstörung der Universitäten und die Unterwerfung der Forschung unter enge Profitinteressen und Marktwettbewerbe sieht Berardi als das zentrale Projekt des heutigen Europas. Die Landschaft der sogenannten europäischen Hochkultur ist in Berardis Augen ziemlich düster, was sie tatsächlich ist, vor allem verglichen mit der Explosion der Ideen, mit dem Feuerwerk des neuen Zeitalters zu Beginn des 20. Jahrhunderts und nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist eine Zeit der Hegemonie und des automatisierten Denkens angebrochen, eine Automatisierung der gesellschaftlichen Existenz, ein Zeitalter wuchernder Informationen ohne Inhalt und Bedeutung, und so ist das ökonomische Dogma in einen technolinguistischen Automatismus geflossen.

Berardi weist auf die konzeptuellen Manipulationen der EU hin, die dem Erstarren des Neoliberalismus dienen, die Zerstörung der europäischen Gesellschaft vorantreiben und zugleich die Rechtfertigungen dafür liefern. Alles fällt auseinander, warnt Berardi. Die Maßnahmen der Finanzklasse, die für Europa ergriffen werden, können die Katastrophe nur verschlimmern. Und natürlich ist es logisch, sich die Frage zu stellen, von welcher »Rettung« die Rede sein kann, wenn Löhne gesenkt, Sozialausgaben gekürzt, Bildungssysteme zerstört und die produktive Kapazität reduziert wird. Alle diese Errungenschaften wurden durch den finanziellen Rettungsplan möglicherweise unwiederbringlich zerstört. Das Ergebnis einer solchen Rettung besteht darin, dass ein Massentransfer der Ressourcen stattfindet und das Vermögen dieser »eroberten« Länder in die Hände der herrschenden Finanzklasse wandert.

Berardi ruft dazu auf, eine Bewegung des Widerstands zu formen, obwohl er sich bewusst ist, dass solche Bewegungen von Rassismus und Gewalt gekennzeichnet sein werden, nach einer zu langen Periode der Stagnation, Fragmentierung und kollektiver Lobotomie. Laut Berardi liegt die Ursache in langwierigen Prozessen der Entsolidarisierung unter den Direktiven der neoliberalen, aber auch der linken Politik. Widerstandsbewegungen müssen von neuem einen europäischen Diskurs artikulieren, und zwar durch gesellschaftliche Solidarität, Gleichberechtigung, Reduktion der Arbeitszeit, Enteignung von Kapitalkonglomeraten, Schuldenschnitte und Abschaffung von Grenzen, um eine postterritoriale Politik zu ermöglichen. Berardi sagt auch die Ausbreitung eines ethnischen Bürgerkriegs voraus, welcher bereits jetzt begonnen habe. Er fordert jedoch, Europa müsse die Oberhand gewinnen, über die Verträge von Maastricht und Schengen hinausgehen und neue Formen des Internationalismus annehmen. Zugleich ist er sich dessen bewusst, dass eine Abkehr von Maastricht zu neuen Nationalismen und mehr Gewalt führen kann. Aber es ist, wie er sagt:

»Heute hat die Finanzklasse die politische Führung übernommen. Sie hat ein Monopol über die Wirtschaftsentscheidungen unterschiedlicher Länder. Die Parlamente sind in Wirklichkeit entmachtet. Ohne Widerspruch befolgen sie die ›Anweisungen‹ der Europäischen Zentralbank, des IWF und der Europäischen Union, die immer mehr Erpressungen und Drohungen gleichen. Die EU wiederum funktioniert nicht mehr nach den Prinzipien der Demokratie, sondern nach den Prinzipien einer Finanzdiktatur – und eine Finanzdiktatur stellt man nicht in Frage.«

Als einen möglichen Weg zur Rettung Europas schlägt Berardi vor, dass Reichtümer und Waren gerechter verteilt werden sollten, dass Europa seine Grenzen nach Afrika und Asien öffnen und dass der westliche Konsum reduziert werden müsse. Mit deutlichen Worten schlussfolgert er: »Das Finanzdogma behauptet: Wenn wir weiterhin Teil des Spieles sein wollen, in dem die Banken und die Marktwirtschaft die Regeln festlegen, dann müssen wir das annehmliche und friedliche Leben vergessen, wir müssen zustimmen, dass wir unsere Kultur verlieren. Warum sollten wir eine solche Erpressung akzeptieren? Der Reichtum Europas beruht nicht auf der Stabilität des Euros auf den internationalen Märkten, und auch nicht auf der Fähigkeit der Tycoons, ihre Profite stabil zu halten. Der Reichtum Europas speist sich aus den Millionen von Intellektuellen, Wissenschaftlern, technischen Fachleuten, Ärzten und Dichtern, so wie von Millionen Arbeitern, die jahrhundertlang die technischen Erkenntnisse angewandt und weiterentwickelt haben. Europa ist reich, weil es durch seine Geschichte eine Kompetenz erlangt hat, die mehr ist als nur eine Kompetenz, und weil man in Europa wusste, wie man die Kulturen aus anderen Ecken der Welt aufnehmen und integrieren konnte, aber reich ist Europa auch deshalb, weil es jahrhundertlang rücksichtslos die physischen und geistigen Ressourcen anderer Kontinente ausgebeutet hat.«